

# Nicht für das Wünschbare zuständig, sondern für das Notwendige verantwortlich



Dr. Wolfgang Heubisch

**Gut ein halbes Jahr ist er nun im Amt, der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch (FDP). Der 62-jährige Münchner Zahnarzt und ehemaliger Präsident des Verbandes der Freien Berufe in Bayern gilt als geradlinig und prinzipientreu und hat in den vergangenen Monaten immer wieder mal für ein bisschen Zündstoff in der schwarz-gelben Landtags-Koalition gesorgt. Das „Bayerische Ärzteblatt“ befragte ihn zu seinen ersten Erfahrungen im Ministeramt und zu seinen Zukunftsplänen.**

*In Sachen Studienbeihilfen zur Nachwuchsförderung für Medizinstudenten haben Sie sich bereits geäußert. Was stellen Sie sich da konkret vor?*

Heubisch: Nachdem die Einführung eines bundesweiten Stipendiensystems bekanntlich gescheitert ist, bin ich fest entschlossen, landeseigene Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich auf den Weg zu bringen. Profitieren werden leistungsstarke und begabte Studierende an Bayerns Hochschulen, also auch unsere besten Medizinstudenten.

*Kommen wir zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen im Fach Humanmedizin. Halten Sie diesen Weg für einen sinnvollen?*

Heubisch: In bestimmten Bereichen wie der Molekularmedizin haben unsere Universitäten die Bachelor- und Masterstrukturen eingeführt oder vorgesehen. Die Ausbildungen zum Hu-

man- und Zahnmediziner sind nach europarechtlichen Vorgaben bundeseinheitlich geregelt. Ob hier Bachelor- und Masterstrukturen ein sinnvoller Weg sind, wird breit diskutiert. Ich verhehle aber nicht, dass die gegenwärtigen Bachelor- und Masterangebote nicht geeignet sind, eine Blaupause für die Mediziner- ausbildung zu sein.

*Sie haben angekündigt, zur Sicherung der flächendeckenden und nachhaltigen hausärztlichen Patientenversorgung in Bayern beitragen zu wollen. Was kann da der Wissenschaftsminister beisteuern?*

Heubisch: Die primäre Zuständigkeit für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Bayern liegt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Gesundheitspolitik. Eigene Lehrstühle für Allgemeinmedizin – wie zum Beispiel jetzt an der Technischen Universität München eingerichtet – könnten aber dazu beitragen, das Interesse der Studierenden an der Allgemeinmedizin zu wecken und ihre Bedeutung innerhalb der akademischen Fächer zu unterstreichen. Ich bin deshalb auf die Medizinischen Fakultäten und die Vorstände der Universitätsklinika in Bayern zugegangen, um mit ihnen gemeinsam umgehend zu prüfen, wie man die Allgemeinmedizin in der medizinischen Ausbildung stärken kann. Dabei wird auch entschieden, ob und gegebenenfalls wo in Bayern weitere Lehrstühle für Allgemeinmedizin errichtet werden.

*Immer wieder werden Forderungen laut, den Universitäten mehr Autonomie bei der Studienbewerberauswahl einzuräumen. Wie stehen Sie dazu?*

Heubisch: Bei den zulassungsbeschränkten medizinischen Staatsexamensstudiengängen haben die Hochschulen bei der Auswahl der Studierenden einen großen Gestaltungsspielraum – 40 Prozent der Studienplätze werden je zur Hälfte an die Abiturbesten und nach Wartezeit vergeben, 60 Prozent in einem Hochschulauswahlverfahren. Die bayerischen Universitäten stellen dabei neben der Abiturdurchschnittsnote auf die berufliche Vorbildung und zum Teil auf studienrelevante Einzelnoten ab. Ich glaube, die sehr geringe Zahl der Studienabbrecher sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass diese Auswahl der Studierenden sachgerecht und erfolgreich ist.

*Warum fordern Sie mehr Studienplätze und eine Dienstrechtsreform an den bayerischen Hochschulen?*

Heubisch: Es ist bereits beschlossene Sache, dass in Bayern 38.000 zusätzliche Studienplätze für die steigenden Studierendenzahlen der kommenden Jahre sowie den doppelten Abiturjahrgang 2011 geschaffen werden. Die Koalitionsvereinbarung sieht bei Finanzierbarkeit nach 2011 weitere 10.000 zusätzliche Studienplätze vor. Hierfür werde ich mich mit Nachdruck einsetzen. Denn diese weiteren Studienplätze sind erforderlich, um auch nach 2012 die steigenden Studierendenzahlen bewältigen zu können und allen prognostizierten zusätzlichen Studierenden gute Studienbedingungen in Bayern bieten zu können. Und auch für Wissenschaftler muss Bayern attraktiv sein – auch in finanzieller Hinsicht. Daher kämpfe ich für eine bessere Bezahlung der bayerischen Professoren. Zur weiteren Stärkung der Autonomie der Hochschulen werden wir in einer Hochschulrechtsnovelle dafür sorgen, dass ihnen probeweise die Entscheidung über die Berufung von Professoren übertragen wird.

*Welche Position beziehen Sie in der Diskussion um eine künftige Medizinische Fakultät der Universität Augsburg?*

Heubisch: Eine künftige Medizinische Fakultät wird nicht diskutiert, nur die Frage eines Universitätsklinikums in Augsburg. Anlass sind die Defizite und ein möglicher, aber ungedeckter Investitionsbedarf in der Krankenversorgung. Beide Probleme werden auch durch ein Universitätsklinikum nicht behoben, nicht einmal gemildert. Auch wenn manche das anders sehen: Wir Politiker sind nicht für das Wünschbare zuständig, sondern für das Notwendige verantwortlich. Nur dafür dürfen wir die Steuergelder des Bürgers ausgeben. Welche Notwendigkeit für eine wissenschaftliche Anbindung des Augsburger Krankenhauses an die Universitätsmedizin besteht, werden wir in den nächsten Monaten prüfen. Dabei sind wir uns mit allen einig: Zusätzliche Aktivitäten in Augsburg dürfen nicht zu Lasten der bestehenden Universitätsmedizin in Bayern gehen.

*Vielen Dank für das Interview.*

*Die Fragen stellte Dagmar Nedbal (BLÄK).*